

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 3 – Modellversuch „Selbständige Schulen“

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 117.06 / 24.02.06

Freiheit für die Schulen

Sehr geehrter Herr Präsident , sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie schon von „Modus 21“ gehört? Ich spreche hier bewusst meine KollegInnen aus der CDU an: „Modus 21 – Schule in Verantwortung“ ist ein bayrischer Schulversuch mit Unterstützung der Stiftung „Bildungspakt Bayern“. An dem Versuch nehmen 44 Pilot-schulen teil, er wurde im Schuljahr 2002/03 gestartet.

Bei diesem Schulversuch geht es darum, dass Schulen selbständiger werden, unternehmerisches Denken entwickeln und mehr Verantwortung übernehmen. Es geht um mehr Freiheit bei der Gestaltung von Unterricht, beim Personalmanagement und der Personalführung, um mehr Eigenverantwortung bei den Finanzen und um eigenständige Kooperationen nach außen.

Dazu sagte der bayrische Kultusminister Siegfried Schneider: „Eine größere Selbstständigkeit der Schulen ist eine unerlässliche Grundlage für eine weitere Qualitätssteigerung. Wir werden diesen Weg konsequent weiterverfolgen.“

Nun spreche ich gezielt meine KollegInnen von der SPD an: Ich komme nämlich zum Schulversuch „selbständige Schule“ in NRW. Dieser Schulversuch wurde, unterstützt von der Bertelsmann-Stiftung und dem DGB, noch unter der rot-grünen Regierung gestartet.

Dabei geht es um mehr Autonomie bei der Personalverwaltung, der Gestaltung des Unterrichts, der Mitbestimmung, der Übertragung der Dienstaufsicht auf die Schulleitung. Bedingung ist, dass diese Schulen sich im Rahmen von „Regionalen Bildungslandschaften“ vernetzen und einer Evaluation aufgrund von Kernkurrikula und Bildungsstandards durch das Land unterliegen.

Nun wende ich mich an die FDP: Ich meine nämlich den rot-gelben Schulversuch in Rheinland-Pfalz mit dem Namen: „Schulversuch Selbständige Schule“, der sich im Unterschied zu den eben genannten überwiegend an Grundschulen wendet. Auch bei diesem Schulversuch geht es um mehr Finanz- und Personalautonomie. Im Mittelpunkt dieses Schulversuchs steht jedoch die freie Entscheidung über die Art des Unterrichts.

1/4

Die Schulen könnten selbst entscheiden über: Unterrichtsinhalte und neue Fächer, Unterrichtsrhythmus, Länge der Lerneinheiten, Klassen- und Gruppenbildung, Prüfungen und Versetzungen. Jede Schule erhält dafür fünf Anrechnungstunden und 20 000 Euro plus Reisekosten für Weiterbildung.

Auch Niedersachsen hat übrigens seit letztem Jahr zwei unterschiedliche Modellversuche laufen. Der eine betrifft die Personalkostenbudgetierung von Schulen begleitet von der Uni Lüneburg; der andere ist umfassender – der umfasst Personal, Etat und Lernziele und wird begleitet von der Bertelsmannstiftung.

Diese Schulversuche sind kein Zufall. Immerhin ist dem deutschen Schulsystem in allen internationalen Studien bescheinigt worden, es sei überreguliert. Seitdem ist mehr Schulautonomie in aller Mund.

Wesentliches Kennzeichen erfolgreicher Schulsysteme ist offenbar, dass die Schulen sich als lernende Einheiten verstehen. Dazu brauchen sie mehr Selbständigkeit. Selbständigkeit heißt aber nicht Verantwortungslosigkeit!

Im Gegenteil. Mehr Freiheiten führen nur dann zum Erfolg, wenn die Ergebnisse auch systematisch evaluiert werden. Denn nur so entsteht der nötige Anreiz, man kann auch sagen, der nötige Druck auf die Schulen, sich ständig um Verbesserung zu bemühen. Man kann es auch so ausdrücken: In Zukunft bekommen nicht die Kinder die Noten, sondern die Schulen.

Auch in Schleswig-Holstein wurden in den letzten Jahren unter Rot-Grün eine ganze Reihe Initiativen in dieser Richtung bereits gestartet.

Das wichtigste Projekt dazu ist das Projekt „Regionale Berufsbildungszentren“. Das Projekt läuft seit 2002. An ihm nehmen 14 von 39 Berufsschulen in Schleswig-Holstein teil. Inhalt dieses Projekt ist die Erprobung neuer Organisationsformen, die Entscheidung über Bildungsgänge, die eigenständige Personalführung, und die Ausweitung der Finanzbudgetierung, auch für Personalausgaben.

Dieses Projekt war so erfolgreich, dass nun geplant ist, alle Berufsschulen in eigenständige Einrichtungen mit eigener Personalführung, Budget, Vertragsrecht Gestaltung der Inhalte zu überführen. Diese Einrichtungen sollen dann wie die Hochschulen vom Land über Zielvereinbarungen gesteuert werden.

Außerhalb der Berufsschulen war eines der wichtigsten Projekte das Projekt „Geld statt Stellen“, das leider unter der ungerechten Stellendotierung gelitten hat.

Ein wenig mehr praktische Bedeutung gewonnen hat die Möglichkeit für Gymnasien und Schulräte, selbst vor Ort die Auswahl der LehrerInnen vorzunehmen. Dies geschah jedoch nicht im Rahmen von Schulversuchen und war nicht mit weitergehenden Freiheiten der Unterrichts- und Budgetgestaltung verbunden. Auch gab es keine wissenschaftliche Begleitung.

Auf der anderen Seite gibt es eine ganze Reihe von Initiativen von Schulen und Schulträgern, die von sich aus neue Wege gehen wollen. Dazu einige Beispiele:

->Das Projekt „Ostseeschule Flensburg“, das eine Schule nach dem Prinzip der individuellen Förderung und des jahrgangsübergreifende Unterrichts machen will.

->Die Vorschläge für eine Gemeinschaftsschule in Burg auf Fehmarn und in Kellinghusen

->Die Modellschule Halstenbek, eine Initiative, die eine durchgehende Schule von der Einschulung bis zur mittleren Reife mit starker Binnendifferenzierung einrichten will.

->Das Projekt für bilingualen Unterricht an der Carl-Eitz-Schule in Pinneberg.

->Die Initiative für eine „Club of Rome“-Schule in Kiel, die eine Schule nach finnischem Modell einrichten wollen.

Diese Initiativen sind durchaus unterschiedlich in den angestrebten Zielen und Formen. Aber sie haben etwas Gemeinsames: In all diesen Fällen haben sich engagierte LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen gefunden, und wollen neue Wege gehen. In all diesen Fällen wird dies vom Ministerium blockiert mit dem Argument, das sei im Rahmen des öffentlichen Schulwesens nicht möglich.

Man kann auch sagen: Die bekannten Modellschulen in Deutschland, von Bayern über die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, von der Laborschule in Bielefeld bis zur erfolgreiche Max-Brauer-Schule in Hamburg, alle diese Schulen wären in Schleswig-Holstein nicht möglich gewesen, weil das Ministerium solche Initiativen ablehnt. Sie passen nicht ins Schema.

Dabei ist das keineswegs der Wille des Gesetzgebers! Denn wir haben ja schon heute eine Experimentierklausel im Schulgesetz. Und sollte diese Experimentierklausel nicht ausreichen, dann kann uns die Landesregierung jederzeit eine geeignete Erweiterungsklausel für das Gesetz vorlegen, damit wir sie hier verabschieden.

Auf Grund der vielen leidvollen Erfahrung, bei denen kreative Initiativen von Eltern und LehrerInnen ausgebremst wurden, schlagen wir dem Landtag vor, den vorgelegten Antrag zu verabschieden.

Auch die Debatte um die Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein droht wieder die klassische Form des Glaubenskrieges anzunehmen.

Prof. Karlheinz Burk von der Goethe-Universität in Frankfurt hat in einem Beitrag für den Grundschullehrerverband darauf hingewiesen, dass Reformen von oben ein grundsätzliches Problem haben. Sie werden den in der Regel nur von einem Drittel der LehrerInnen unterstützt, ein zweites Drittel ist gegenüber Veränderungen eher passiv und empfindet sie eher als zusätzliche Belastung. Und das dritte Drittel lehnt Reformen ab und wird sie boykottieren oder bekämpfen.

Dagegen folgen Schulversuche einer anderen Logik. Denn sie starten da, wo sich bereits eine kritische Masse gefunden hat, die Lust hat, etwas Neues zu wagen. Und wo die Initiative vor Ort liegt, kann auch niemand sich darüber beschweren, dass ihm von oben etwas Neues aufgedrückt wird.

Bevor sich die Ministerin ein neues Modell für die Gemeinschaftsschule ausdenkt, das dann die schwarzen Mehrheiten in den Kommunen genauso auszubremsen versuchen wie die Gesamtschule in Ostholstein, scheint es mir viel sinnvoller, den Initiativen vor Ort freie Bahn zu geben, neue Wege zu gehen.

Klar ist allerdings, dass spätestens dann auch eine landesweite einheitliche Evaluation von Schulen eingerichtet werden muss. Dazu brauchen wir dann auch kein Zentralabitur oder eine zentrale mittlere Reife, sondern wir brauchen Vergleichsarbeiten, die geeignet sind die Qualität von Schulen an Hand ihrer Ergebnisse zu bewerten.

Frei nach Schiller bitte ich sie ein weiteres Mal: Mesdames et Messieurs, geben Sie Gedankenfreiheit!

Bauen Sie keine Tabus auf, sondern schaffen sie Raum für Initiativen. Was selbst in Bayern und NRW möglich ist, sollte auch in Schleswig-Holstein möglich sein – und vielleicht sogar noch mehr!
